

WIR in Kiel

WIR in Kiel setzt neue Akzente in der öffentlichen Diskussion, stellt unbequeme Fragen und macht Positionen hörbar, die sonst kein Gehör finden.

WIR in Kiel sind Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen Bereichen der Stadt, aus unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen. Wir unterscheiden uns politisch grundlegend von den im Kieler Rathaus vertretenen Parteien, die sich den jeweiligen Programmen auf Bundes- und Landesebene unterordnen. Kommunal setzen sie letztlich die von ihren Parteien bundespolitisch getroffenen Beschlüsse um, die für die Kommunalebene schwerwiegende Folgen haben. Vor Ort in Kiel weinen sie dann Krokodilstränen.

Entgegen allen Beteuerungen wird kommunale Politik zunehmend über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger der Stadt gemacht. Die politisch Verantwortlichen verstehen sich als Unternehmen Stadt und treffen Entscheidungen, die sich gegen vitale Interessen von Bürgerinnen und Bürger richten.

Nicht nur der Verkauf der Kieler Stadtwerke, hat auf erschreckende Weise gezeigt, wie schnell der demokratische Einfluss verloren geht. Alternative Planungen werden meist gar nicht aufgezeigt, geschweige denn diskutiert. Die billige Rhetorik „es gibt keine Alternative“ ist allzu oft aus dem Kieler Rathaus zu hören. Schon der Gebrauch dieser Argumentation ist ein Verstoß gegen die urdemokratische Regel, Alternativen aufzuzeigen. Kein Wunder wenn Kielerinnen und Kieler immer häufiger mit Empörung oder Politikverdrossenheit reagieren, die in der erschütternd geringen kommunalen Wahlbeteiligung ihren Ausdruck findet.

Damit es auch kommunalpolitisch eine echte Alternative gibt, wurde die Wählerinitiative WIR in Kiel gegründet. Uns eint die Überzeugung, dass demokratische und offene Entscheidungsfindungen der beste Weg zu einer lebenswerten und bürgernahen Stadt sind. WIR in Kiel wollen mehr Einfluss auf die Entscheidungen in unserer Stadt durch eine geregelte und gut funktionierende Bürgerbeteiligung. Bürgerinnen und Bürger der Stadt sollen über das Wohl Kiels entscheiden und nicht ausschließlich leitende Angestellte der Stadt oder andere nicht von den Wählerinnen und Wählern legitimierte Gremien. WIR in Kiel wollen rechtzeitige, transparente Information über Planungsvorhaben, um sie auf den Prüfstand zu stellen: Dienen sie den Interessen von Investoren zu deren Gewinnmaximierung oder unserem Allgemeinwohl?

Die Wählerinitiative WIR in Kiel richtet sich an alle, die sich nicht durch die herrschende Politik entmutigen lassen, sondern für eine demokratische und soziale Stadt und für eine solidarische Gesellschaft eintreten. Unsere Stadt braucht eine neue Politik, die sich an den Bedürfnissen und Wünschen der Kieler Bürgerinnen und Bürger orientiert und auch die Verantwortung für künftige Generationen übernimmt.

Sie sind eingeladen, sich aktiv zu beteiligen. Wir freuen uns auf Sie!

WIR in Kiel e.V., Postfach 6275, 24123 Kiel, Tel.: 0431 – 983 78 77

E-Mail: info@wirinkiel.net, www.wirinkiel.net

Kann das richtig sein?

Ratsherr Karschau vergisst Befangenheitsanzeige und fördert eigenes Projekt in Vieburg/Gaarden-Süd

Ratsherr Rüdiger Karschau, direkt gewählter Stadtvertreter für Wahlkreis 14 (Hassee/Vieburg), trat beim Bebauungsplan Nr. 755 (Hasenholz) im Bauausschuss für eine Bebauung ein, und zwar in Ausführung durch den Siedlerbund. Beim Beschluss zur Änderung des Bebauungsplans Nr. 755 (Hasenholz in Vieburg/Gaarden-Süd) wirkte Ratsherr Karschau am 02.04.2009 sowohl an der Beratung als auch bei der Beschlussfassung im Kieler Bauausschuss mit.

Zu dieser Zeit war Karschau im Vorstand des Verbandes Wohneigentum Siedlerbund Schleswig-Holstein e.V. Siedlergemeinschaft Kiel-Süd und damit im Vorstand einer der Interessenten für die Bebauung des Grundstücks Krummbogen 82 und auch für das Hasenholz. Herr Karschau hätte dementsprechend seine Befangenheit erklären und den Raum schon während der Beratung verlassen müssen. Das hat er nicht gemacht, sondern, um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, stimmte er sogar mit für den Bebauungsplan.

Herr Karschau ist der direkt gewählte Stadtvertreter im Wahlkreis 14 Hassee-Vieburg und hat damit eine besondere Verantwortung. Dieser Verantwortung ist er nicht nachgekommen. Vielmehr hat er das Vertrauen missbraucht und zudem rechtswidrig gehandelt. Wir haben uns deshalb entschieden, den Fall zur Anzeige zu bringen. Darüber hinaus halten wir es für selbstverständlich, dass Herr Karschau mit sofortiger Wirkung als Ratsherr und damit auch von seinen weiteren Posten zurücktritt.

Ratsherr Rüdiger Karschau (SPD-Ratsfraktion):

direkt gewählt im Wahlkreis 14 Hassee-Vieburg

Mitglied im Bauausschuss

Vorsitzender des Finanzausschusses

Stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss

Stellv. Mitglied im Innen- und Umweltausschuss

Stellv. Mitglied im Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit

Ersatzmitglied des Verwaltungsrates der Müllverbrennung Kiel Verwaltungsgesellschaft

Korruption? Das gibt es doch gar nicht

Nach deutschem Strafrecht gibt es keinen Paragraphen der Korruption verbietet. Es gibt Paragraphen, die Bestechung und Bestechlichkeit, Vorteilsnahme und die Gewährung von Vorteilen unter Strafandrohung stellen. Deutschland hat die UN-Konvention gegen Korruption nach wie vor nicht unterzeichnet. Unter anderem, weil die Abgeordneten die darin festgelegten scharfen Regelungen für Parteispenden nicht akzeptieren, sagt Edda Müller, Vorsitzende von Transparency International.

Worum geht's beim Hasenholz?

Seit etwa einem Jahr wehren sich AnwohnerInnen, Kinder, Jugendliche, SeniorInnen, Tagesmütter u.a. gegen die geplante Bebauung des Hasenholzes: Sie wollen die Fläche für Jung und Alt als Spiel- und Erholungsraum und als Lebensraum für zahlreiche seltene Tierarten wie z.B. den Grünspecht erhalten. Die AnwohnerInnen lehnen die Bebauung nicht nur ab; sie haben vielmehr einen Alternativplan vorgestellt, der den strategischen Zielen der Stadt Kiel mehr gerecht wird als eine sogenannte Nachverdichtung durch eine Bebauung (z.B. durch den Siedlerbund) und haben dazu einen Verein gegründet.



Kinder an die Macht

Die Kinder und Jugendlichen, die das Hasenholz nutzen, haben eindeutig ihre Meinung zum Ausdruck gebracht: Sie wollen den Erhalt der Spielfläche! Bei einem Ortstermin im Hasenholz mit der Kieler Kinderkommission kritisierten die Kinder und Jugendlichen, dass man die Kinder gar nicht befragt hätte und dass alles gar nicht zusammenpasst mit dem Ziel Kiels, eine kinderfreundliche Stadt zu sein.

Citti / Uhlenkrogrampe

Grandios die verkehrspolitischen Fehlplanungen rund um den Citti-Park. Als Scheinlösung für die unangepasste Ansiedlung des Einkaufszentrums sollen jetzt möglicherweise für eine private Investition die Steuerzahler den Autobahnanschluss bezahlen.

Gewerbegebiet Russeer Weg

Tyisch auch die Fortsetzungsgeschichten wie das **Gewerbegebiet Russeer Weg** (gleich an der Autobahnbrücke). Keine Bürgerbeteiligung, Keine Kinder- und Jugendbeteiligung, keine gesetzlich vorgeschriebenen ökologischen Untersuchungen. Ergebnis: Zerstörung zweier gesetzlich geschützter Biotope.

Suchsdorf: Der Ortsbeirat stellt sich dort glücklicherweise gegen den städtischen Zerstörungswillen und will die ökologisch wertvollen Flächen (Trischenweg und Hoogewinkel) erhalten. Auch hier ist die Nachverdichtung das Totschlagargument der Umweltzerstörer von SPD, Grünen und Linken – beschlossen und verkündet im Bauausschuss zu Kiel am 3.3.2011. Argumentiert wird mit zukünftigen Kindern, die dort wohnen sollen und denen es dann gut gehe. Die Kinder, die jetzt dort wohnen und spielen sind egal.

Die Rathausgalerie: Nach einem Gespräch, das der Investor GEDO mit OB Albig, BM Todeskino, Wirtschaftsdezernentin Berg Investoren im Dezember 2010 führte, nahm der Bauausschuss das Bebauungsplanverfahren dienstbeflissen wieder auf. Kiels Kommunalpolitik gibt damit die Stadtplanung auf und überlässt sie Centerentwicklern. Auf der Beteiligungsveranstaltung zur Innenstadt sprach sich eine überragende Mehrheit gegen das Center aus. Selbst die IHK warnt eindringlich vor der Verödung der Innenstadt durch eine weiteres Center, dass die Einkaufszone um ca. 1200m verlängert. Das schönende Wort „Galerie“ soll wohl darüber hinwegtäuschen, dass es sich um ein autarkes Center handelt, das sich der Stadt gegenüber verschließt. Die Ratsmitglieder von SPD-GRÜNEN-SSW-CDU-FDP sind schon im Boot und selbst die LINKE eiert herum und enthielt sich im Bauausschuss.

Wir sagen: Schluss damit! Wir gewinnen nicht, wenn wir unsere Stadt an Investoren verkaufen und die einst gemeinschaftlich geschaffenen Werte oder Naturgüter damit der öffentlichen Kontrolle entzogen werden.

Dazu zwei Zitate aus der Antrittsrede von Thorsten Albig:

„Wir brauchen keine externen Berater, um erfolgreiche organisatorische Weiterentwicklungen in dieser Stadt auf den Weg zu bringen.“ „Auch der Verkauf des kaum noch vorhandenen Tafelsilbers wird uns strukturell nicht weiterbringen. Denn die kurzzeitige Finanzspritze ist zwar bei der Schuldentilgung hilfreich. Unsere Schieflage in Sachen Ausgaben/Einnahmen bringt sie jedoch nicht ins Gleichgewicht zurück und wird in wenigen Jahren auf den alten Wert zurückkommen.“

Handelt er auch danach?

Auch in Kiel ist das Unwort des Jahres „Alternativlosigkeit“ weiter schwer in Mode. Wer allerdings Alternativlosigkeit behauptet, verstößt gegen die urdemokratische Regel, immer eine Alternative zu haben oder danach zu suchen. Eine Stadt der Alternativlosigkeit ist ein kümmerliches „Wir auch“ und das Gegenteil einer „innovativen Stadt“, die ja ein strategisches Ziel der Stadt Kiel sein soll.